

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Neřávkova 15 • Teleph. 20705, 31400, Nachredh. (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 57544

12 Jahrgang.

Samstag, 3. September 1932

Nr. 208.

Die Beuthener Mörder begnadigt.

Die Strafe in lebenslängliches Zuchthaus verwandelt.

Berlin, 2. September. (Wolff.) Durch Entscheidung des preussischen Staatsministeriums vom 2. September sind die Todesstrafen, die durch das rechtskräftige Urteil des Sondergerichtes in Beuthen (Oberschlesien) gegen den Elektrotechniker Kottisch, den Grubenarbeiter Rusin Wollnig, den Häuer August Gräupner, den Marktentwickler Hellmuth Josef Müller wegen Totschlages begangen aus politischen Beweggründen und gegen den Gastwirt Paul Lachmann wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen verhängt worden ist, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden. Für die Entscheidung war maßgebend, daß die Verurteilten zu der Zeit der Tat noch keine Kenntnis der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und ihren schweren Strafindrohungen gehabt haben.

Wiederaufnahme des Prozesses.

Berlin, 2. September. (Tsch. P.-B.) Wie das Conti-Büro meldet, ist damit zu rechnen, daß dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens im Beuthener Prozeß, der bekanntlich von der Verteidigung eingereicht worden ist, stattgegeben werden wird. In dem Antrage sind nach Auffassung der zuständigen Stellen neue Tatsachen enthalten, die die Wiederaufnahme rechtfertigen.

Man wird als grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe gegen die Begnadigung der Mörder von Potempa nichts einzuwenden haben. Die zweite Nachricht über die Wiederaufnahme des Prozesses scheint jedoch darauf hinzuweisen, daß politische Einflüsse zu Gunsten der Angeklagten eingeleitet werden und die aus den Sondergerichten reine Klassengerichte gegen Sozialdemokraten und Kommunisten machen wollen.

Von Rechts wegen blutrot nach links.

Berlin, 2. September (Eigenbericht.) Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Statistik der Blutrurteile, die von den beiden Berliner Sondergerichten bisher gefällt wurden. Insgesamt wurden bisher zwei- und vierzig Jahre Zuchthaus und mehr als zehn Jahre Gefängnis verhängt. Alle Angeklagten, bis auf einen einzigen, waren Kommunisten oder parteilose Arbeiter. Der einzige angeklagte Nationalsozialist wurde freigesprochen.

Der Reichsbannermann Rode, der gestern von einem Sondergericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist in den Hungerstreik getreten.

Berlin, 2. September. Conti meldet: Das Sondergericht verurteilte heute den Arbeiter Stühmer wegen versuchten Totschlages in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zu drei Jahren Zuchthaus, drei weitere Angeklagte zu zwei Jahren, einen Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis. — Die Verurteilten sind Kommunisten, die in der Nacht zur Reichstagswahl eine Gruppe Nationalsozialisten überfallen und einen Nationalsozialisten durch Schüsse verletzt hatten.

Das Sondergericht Waldenburg verurteilte in seiner ersten Verhandlung einen früheren Wachbeamten namens Kretsch aus Bad Salzbrunn wegen Vergehens gegen die vierte Notverordnung und das Gesetz gegen den Waffennißbrauch sowie wegen Aufruf zu neun Monaten Gefängnis. Zwei andere Angeklagte erhielten wegen Beteiligung am Aufruf vier, bzw. drei Monate Gefängnis. Die Angeklagten waren Teilnehmer eines auf Schloß Fürstentstein abgehaltenen Sportlehrcurses der NSDAP. Zehn dieser Sportler hatten sich am 9. August unter Leitung des SA-Führers Kretsch nach Weichstein begeben, wo Kretsch und die beiden anderen Angeklagten, weil sie Revolver, Schlag- und Stichwaffen mit sich führten, verhaftet wurden. Kretsch hatte übrigens damals ein Abzeichen der Eisernen Front angebracht. In einer zweiten Verhandlung verurteilte das Sondergericht sechs Kommunisten aus Weichstein wegen öffentlicher Zusammenrottung und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen zu acht, bzw. 7 Monaten.

Der Zentrums-Kuhhandel mit Hitler:

Schwarz-braune Koalition in Preußen vor dem Abschluß.

Berlin, 2. September. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen über die schwarz-braune Koalition in Preußen sollen vor dem Abschluß stehen. Nach den neuesten Nachrichten soll die Zahl der preussischen Minister von sieben auf vier herabgesetzt werden. Das Amt des Ministerpräsidenten soll eine „neutrale“ Persönlichkeit erhalten, wahrscheinlich der Oberbürgermeister Goerdeler oder Dr. Bracht. Das Unterrichtsministerium soll mit dem Justizministerium verbunden und ebenso wie das Innenministerium den Faschisten ausgeliefert werden, so daß also die preussische Polizei in den Händen der Hakenkreuzler wäre. Das Zentrum würde sich mit dem Wirtschaftsministerium begnügen, das etwa den Aufgabenzirkel der Landwirtschaft, des Handels und der Volkswirtschaft umfassen soll und das dem Zentrumminister Dietrich vorbehalten wäre.

Frankreich über das deutsche Memorandum:

Alliierte und Kleine Entente sollen Stellung nehmen.

Diplomatische Verhandlungen oder Völkerbund oder Abrüstungskonferenz.

Paris, 2. September. Von dem Quai d'Orsay naheliegenden Kreisen erfahren wir, daß die französische Regierung bis jetzt zum deutschen Memorandum keine Stellung genommen hat. In den nächsten Tagen wird die französische Regierung der Berliner Regierung eine kurze Antwort zukommen lassen, die lediglich die Bestätigung des Empfanges des Memorandums enthalten wird.

Die französische Regierung verfennt zur Zeit durch ihre diplomatischen Vertreter an ihre Alliierten, darunter auch an die Staaten der Kleinen Entente, den vollständigen Text des deutschen Memorandums mit dem Ersuchen, ihre Ansichten hierüber bekanntzugeben.

Es bestehen drei Möglichkeiten der Behandlung des deutschen Memorandums. Die erste, die von der deutschen Regierung selbst in ihrem Memorandum vorgeschlagen wird, sind diplomatische Verhandlungen über diese Angelegenheit, die zuerst nur zwischen

Deutschland und Frankreich geführt werden sollen, denen jedoch später andere Großmächte zugezogen werden sollen. Die zweite Möglichkeit ist die, die Angelegenheit dem Völkerbunde abzutreten, eventuell der Vollversammlung des Völkerbundes. Gewisse französische politische Kreise verweisen nämlich darauf, daß das deutsche Ansuchen die Revision des Versailler Friedensvertrages, der von 26 Staaten unterzeichnet wurde, berührt und daß es auf Grund der Bestimmungen des Völkerbundes allein dem Völkerbund zustehe, über diese Sache zu entscheiden. Die dritte Möglichkeit schließlich wäre die, das deutsche Ansuchen im Rahmen der Abrüstungskonferenz durchzubringen.

In keinem Falle hat die französische Regierung die Absicht, das Memorandum zu retournieren, wie dies einige nationale Blätter heute andeuten oder die Note zu beantworten und unverzüglich in diplomatische Verhandlungen einzutreten.

Paris, 2. September. (Tsch. P.-B.) Die Pariser Presse verbirgt nicht die Erregung, die die Forderungen des deutschen Memorandums in der französischen Öffentlichkeit verursacht haben, kommentiert sie jedoch im ganzen in einem ruhigen Tone.

Die Blätter gelangen in ihren Beurteilungen zu der übereinstimmenden Anschauung, daß die deutsche Regierung einen überaus ungünstigen Augenblick für Verhandlungen über neue Rüstungen gewählt habe. Frankreich bleibe den Verpflichtungen der Friedensverträge treu. Ueber ihre eventuelle Abänderung könnte — wenn dies notwendig sein sollte — bloß der Völkerbundrat erwägen.

„Petit Parisien“ macht darauf aufmerksam, daß die Forderungen des deutschen Memorandum

auf die ganze internationale Situation beunruhigende Schatten werfen, deren Ernst nicht unterschätzt werden sollte.

Die radikale Presse und die sozialistischen Blätter bezeichnen das deutsche Memorandum als ein verdächtiges Manöver, da die Verwirklichung der deutschen Forderungen Veranlassung zu einem neuen Weltkrieg geben würde.

Das sozialistische Blatt „Populaire“ schreibt: „Wir werden es nicht zulassen, daß die Debatte auf derartiges Gebiet gelange. Es könne keine Rede von einer Aufrüstung Deutschlands in irgendeiner Form und unter irgendwelchen Bedingungen sein. Eine Gleichheit in der Aufrüstung, keinesfalls aber in der Rüstung, muß herbeigeführt werden.“

20.000 Naphtha-Arbeiter im Streik.

Lemberg, 2. September. Der Generalstreik in der polnischen Naphtha-Industrie hat heute in allen drei Naphtharevierern, und zwar in Stanislaw und Krosno, eingesetzt. Der Streik erstreckt sich auf 150 große Naphthagruben, Raffinerien und mechanische Werkstätten. Heute streikten insgesamt 20.000 Naphthaarbeiter. Die Ruhe wurde bisher nirgends gestört.

Blutiger Textilarbeiter-Streik in Lodz.

Warschau, 2. September. In Lodz kam es heute vor dem Gebäude der großen Textilwerke Scheibler und Grohmann, in denen gegen 7000 Arbeiter wegen Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen in den Ausstand getreten sind, zu schweren Exzessen. Streikende Arbeiter versuchten, das Fabrikgebäude zu demolieren, wurden jedoch von einer

starken Polizeiabteilung an ihrer Absicht gehindert. Bei den Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei wurden auf beiden Seiten mehrere Personen verletzt.

Eine erfreuliche Nachricht

kommt aus M.-Ostrau: Auf dem „Franz“ und dem „Humber-Schacht“ der Ferdinands-Nordbahn wird jetzt sechs Tage in der Woche gearbeitet. Am Franz-Schacht wurde eine Batterie von Koksöfen in Betrieb gesetzt, da aus Donawitz Bestellungen für Hochofenkoks eingelaufen sind.

Der englische Spinnerstreik

London, 2. September. Zwei Abgeordnete des Bezirkes Lancashire versuchten heute im Lohnkonflikt der Baumwollindustrie in Lancashire zu vermitteln. Ihre Bemühungen, die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zum Zusammentritt zwecks neuer Verhandlungen zu veranlassen, hatten aber keine Erfolge.

Antikrieger Šmera und andere Helden.

„Ich kann von mir nicht sagen, daß ich während des Krieges auf dem Antikriegsstandpunkte gestanden wäre.“

Smeral in Amsterdam

„Die vielleicht wichtigste Rede“ auf dem sogenannten Antikriegskongress in Amsterdam hat — der kommunistischen Presse nach — unser alter Bekannter Bohumir Smeral gehalten. Der oben zitierte Satz war die moralische Legitimation als Antikrieger, die er zu Beginn seiner Ausführungen abgab. „Ich bin verpflichtet — so fuhr der reuige Sünder in seinen Geständnissen fort —, öffentlich zu erklären, daß ich in dem Wiener Parlamente zu der österreichischen Kriegspolitik einen opportunistischen Standpunkt eingenommen und sie dadurch in Wirklichkeit unterstützt habe.“ Smeral braucht nicht verlegen herumzureden. Es ist noch nicht in Vergessenheit geraten, daß er während des Krieges nicht nur verschiedene Loyalitätserklärungen an seinen Kaiser und König, sowie an die gesamte Habsburgerdynastie gerichtet hat, es ist ferner unvergessen, daß er am 8. Juni 1917 gelegentlich einer Konjunkturlage folgendes Telegramm an den General Boroewit abhandte:

„Mit Stolz begrüßen wir die heutige Meldung, daß unsere Armee in einer großen Schlacht tapfer gekämpft und einen glänzenden Sieg errungen hat. Wir bitten den Ausdruck unseres Dankes und unserer Bewunderung entgegenzunehmen.“

All das ist wohl die beste Empfehlung für den Smeral von heute, Ankläger gegen die sozialdemokratische Kriegs- und Nachkriegspolitik zu sein. Speziell er ist dazu berufen, die Züricher Beschlüsse der Arbeiter-Internationale gegen die Kriegsbedrohung der Sowjetunion als Heuchelei zu erklären und die Leitungen der sozialdemokratischen Parteien zu beschuldigen, daß sie den imperialistischen Krieg gegen Rußland ideologisch, politisch und moralisch vorbereitet. Smeral als rednerisches Paradestück auf einem Antikriegskongress muß genau so eindrucksvoll wirken, wie ein fuselstinkender Mann in einer Abstinenzerversammlung, der mit leuchtend roter Trinkernase zur schärfsten Alkoholenthaltsamkeit auffordert.

Auch eine „großangelegte Rede“ des französischen Arbeiterführers Marcel Cachin hat angeblich den ganzen Kongress begeistert. Falls diese von der kommunistischen Berichterstattung festgehaltene Episode stimmt, dann spricht sie entschieden gegen die Kongreßteilnehmer. Denn jeder, der nicht gerade zu den politischen Säuglingen zählt, kennt Cachin als einen der erbärmlichsten und erfolgreichsten Kriegsbekehrer. Dieser Agent des französischen Imperialismus war es, der nach Italien geschickt wurde und dort mit klingender Münze Mussolini als Propagandisten für die Kriegsbeteiligung seines Landes kaufte. Die italienische Sozialistenpartei hat damals Mussolini sofort ausgeschlossen und damit begann der abenteuerrliche Weg dieses Renegaten, der sich später zu einer blutigen Geißel des Proletariats entwickelte. Derselbe Cachin, der seinerzeit in die geschlossene Antikriegsfront des italienischen Sozialismus durch Bestechung und Seelenkauf Presche schlug, brilliert heute auf einem kommunistischen Kongress, der über die Kriegspolitik der Sozialdemokratie richten will. Nicht genug damit! Zur gleichen Zeit, da die sozialdemokratischen Führer der Kriegsführenden Länder — soweit ihnen die Ausreise nicht verweigert wurde — in Stockholm bemüht waren die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen um für baldigen Friedensschluß zu wirken, reist Cachin nach Petersburg. Zu welchem Zwecke? Sollte er als „revolutionärer Sozialist“ dort für rasche Beendigung des blutigen Gemein-

Not der Landwirtschaft und Not der Arbeitenden.

Die Agrarier haben es seit jeher glänzend verstanden, ihre Not eindringlich zur Schau zu tragen und die ganze Öffentlichkeit mit ihnen zu befragen. Ist es ihnen doch zu Beginn der Krise, wenigstens in unserem Lande, durchaus gelungen, die Agrarkrise in den Mittelpunkt aller Erörterungen zu rücken und spät, viel zu spät ist es ins allgemeine Bewußtsein gedrungen, daß wir eine schwere Erschütterung des ganzen kapitalistischen Produktionsprozesses erleben. Wir Sozialdemokraten haben die Bedeutung der Agrarkrise und ihren Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung niemals unterschätzt. Aber es ist denn doch ein wenig gar zu naiv, wenn Herr Rudolf Hallst im „Volk“ vom 2. September 1932 alle Welt glauben machen will, daß nur die Landwirtschaft unter den „niedrigen Ziffern“, also dem Rückgang der Preise zu leiden hätte, ja mehr noch, als ob ausschließlich die geminderte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung den Niedergang der industriellen Produktion, das Zusammenschrumpfen des Weltmarktes, den Zusammenbruch des kapitalistischen Kredit-systems und die Not der Staatsfinanzen verschuldet hätte, wie wenn es nie eine Ueberproduktionskrise, nie ein wachsendes Mißverhältnis zwischen der Produktivität der Arbeit und dem Anteil der Arbeiter am Produkt, nie eine übersteigerte Hochschuttpolitik, nie ein internationales Schuldenproblem, nie die unerträgliche Last der Rüstungsausgaben gegeben hätte!

Wir wollen uns indes nicht ereifern. Wir wissen ja zu gut, daß Herr Hallst in Wirklichkeit nicht naiv genug ist, um zu verkennen, daß schon die Voraussetzung für sein Klagegedicht falsch ist. Hat sich doch der Großhandelsindex der Nahrungsmittel und Futtermittel von Anfang 1930 bis Mitte 1932 von 787 auf 653 gesenkt, während der Index der industriellen Erzeugnisse von 945 auf 689 zurückgegangen ist, also in viel stärkerem Maße, so daß sich die Preispannung zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten, die berühmte „Schere“ von 158 auf 36 Punkte verringert hat. Und ebenso sind wir davon überzeugt, daß Herr Hallst nicht naiv genug ist, um zu meinen, irgendein Eingriff der politischen Macht könnte, so lange die kapitalistische Wirtschaft besteht, den Zinsfuß, den Index der Steuerbelastung, die sozialen Abgaben, über deren Höhe Hallst klagt, im arithmetischen Verhältnis zu dem Rückgang der Preise herabsenken! Und er weiß schließlich nicht minder genau, daß die konsumierende Bevölkerung die Hauptlast der Steuern trägt und für das Gleichgewicht im Staatshaushalt weitaus größere Opfer gebracht hat, als die Träger der Grundsteuer, die von allen Steuern am wenigsten der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt ist!

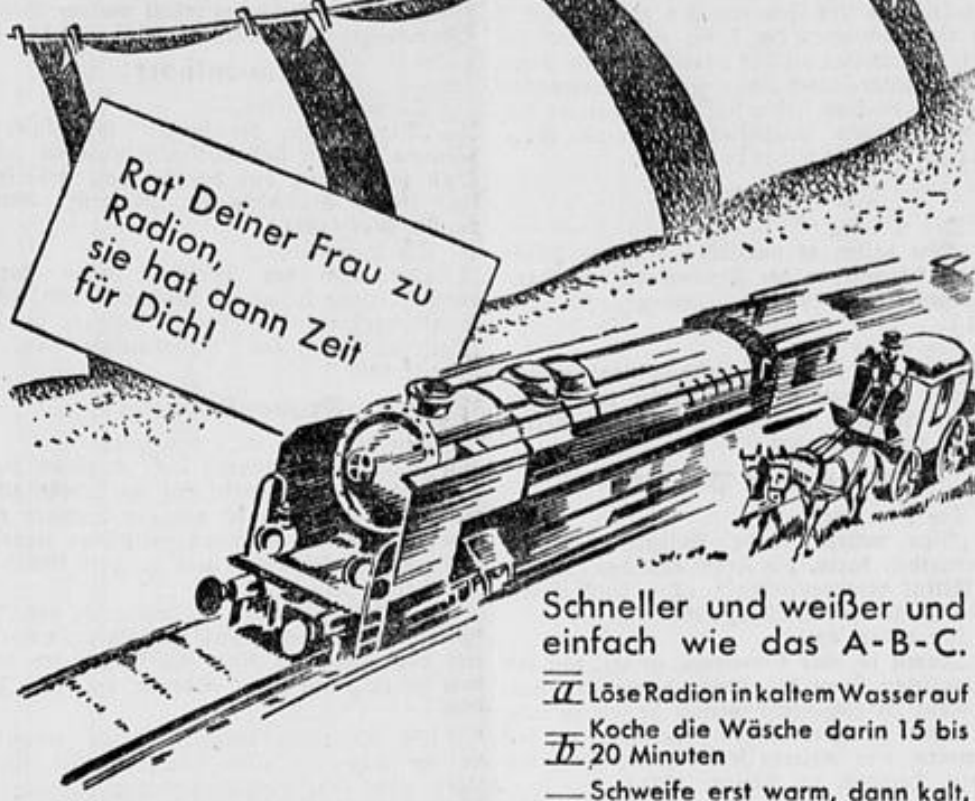
Nein, wir haben nicht die Absicht, uns mit Herrn Hallst theoretisch auseinanderzusetzen, da es doch ganz unmöglich ist, daß er selbst seine Theorie ernst nimmt. Aber seinen praktischen Schlussfolgerungen müssen wir Aufmerksamkeit zuwenden. Er schreibt:

„Eine einzige Gedankentwelle wälzt sich durch die Dörfer: Sind wir Landwirte ohne Unterschied der Nationalität Menschen, mit denen im Staat überhaupt nicht gerechnet wird? Sind die Landwirte gleichberechtigte Mitglieder der Nation, dann möge die Staatsgewalt ihre Verhältnisse regeln, möge sie alles tun, was in den Grenzen menschlicher Macht steht, um die Not der Landwirtschaft zu mildern.“

Wohnte man nicht glauben, daß nur die Landwirte, einschließlich der Reichtumsbesitzer natürlich, am Hungertuch nagen, während rings um sie alle in Wohlstand und Ueppigkeit leben? Und dabei gibt es, auf dem Höhepunkt der saisonmäßigen Belegung, nahezu eine halbe Million Arbeitsloser, deren Zahl in den nächsten Monaten wiederum anschwellen wird und die nicht etwa unter der Entwertung ihres Besitzes leiden, sondern auf die gewerkschaftlichen Unterstützungen, ja zum überwiegenden Teil auf die staatliche Ernährungssaktion angewiesen sind. Dazu die Hunderttausenden, von denen keine Statistik spricht, die mit dem fargen Verdienst von zwei oder drei Arbeitstagen die ganze Woche leben müssen. Dazu die hunderttausenden Arbeiter und Angestellten, denen der Lohnbrud der Krise das Einkommen unter das Existenzminimum herabgedrückt hat, dazu die zehntausenden kleiner Gewerbetreibenden, denen die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ihrer existenziellen Abnehmer die Grundlage ihrer Existenz von Tag zu Tag schmälert. Welcher Jhuismus, von der Not der Landwirtschaft zu reden und dabei die größere Not der arbeitenden Menschen bewußt zu übersehen! Welche wirtschaftliche Kurzsichtigkeit, zu verkennen, daß hier die mangelnde Kaufkraft ist, auf welcher der Widerspruch zwischen der gesteigerten Produktivität und der gesunkenen Konsumfähigkeit beruht.

Wir Sozialdemokraten sind nach wie vor bereit, mit Ernst und Gewissenhaftigkeit an der Bekämpfung der Agrarkrise mitzuarbeiten, aber wir können wahrhaftig mit vielfach größerem Rechte als die Agrarier ausrufen: Wenn die Arbeiter und Angestellten ohne Unterschied der Nation gleichberechtigte Glieder der Nation sind, dann ist es die wichtigste Aufgabe des Staates, alles, was in seinen Kräften steht, zu tun, um die Not der Arbeiter, vor allem aber der Arbeitslosen, zu mildern!

RADION WÄSCHT ALLEIN UND...



Schneller und weißer und einfach wie das A-B-C.

- ⌘ Löse Radion in kaltem Wasser auf
- ⌘ Koche die Wäsche darin 15 bis 20 Minuten
- ⌘ Scheweife erst warm, dann kalt, bis klares Wasser bleibt

SCHNELLER

RT 9/32

Satentkrenzler und Tschehen in Mähr.-Ostrau.

Zusammenstoß in einer Versammlung. — Zwei Verletzte.

Mähr.-Ostrau, 2. September. (Tsch. P. B.) Für heute abends hatte die Partei der deutschen Nationalsozialisten im Deutschen Haus in Mähr.-Ostrau eine öffentliche Versammlung einberufen. Nach Informationen bei der Polizeidirektion ist es jedoch zu der Eröffnung der Versammlung überhaupt nicht gekommen, da eine Viertelstunde vor Beginn es zu Handgreiflichkeiten zwischen Angehörigen der deutschen nationalsozialistischen Partei und Versammlungsteilnehmern tschechischer Nationalität kam. Infolgedessen räumte die Polizei den Saal. Die Anwesenden wurden hiebei in den Garten des deutschen Hauses gedrängt, wo es zu weiteren Zusammenstößen zwischen den Gegnern kam. Im Verlaufe eines Augenblicks durch die Gassen in der Nähe des deutschen Hauses, wobei etwa 4000 Personen das Lied „Hej Slovane“ sangen, forderte die Polizei die Manifestanten zum Auseinandergehen auf. Die Teilnehmer an der Manifestation kamen der Aufforderung der Polizei nach und gingen ruhig auseinander. Bei den Zusammenstößen im Deutschen Haus wurden zwei Personen leicht verletzt. Ein amtlicher Bericht über diese Vorfälle wird später erscheinen.

„Ständestaat“ bedeutet Sklaverei.

Gebt den Landständlern die richtige Antwort!

Der Herr Landesführer Ing. F. Künzel von der „landständlichen Jungmannschaft“ stellt in seiner Entgegnung zu unseren Ausführungen „Der Ständestaat marschiert“ wiederum die Behauptung auf, daß nur der Ständestaat allein Demokratie, Mitbestimmung des Einzelnen im eigenen Interessensbereich und Herrschaft des Volkes verbürgen kann. Wir wissen schon, was die Landständler, und vor allem die Herren der „landständlichen Jungmannschaft“ für Vorstellungen von der Demokratie haben. Ihr Landstichtsführer Lehmann verdammt in einer vor kurzem gehaltenen Ansprache an „die junge Front“, das Mehrheitsprinzip, das Vorrecht der größeren Zahl, der Masse, den Grundgedanken, daß die große Kopfzahl, nicht aber das Gewicht entscheidend sei. lauter Dinge, die nach seiner Ansicht zur Vernachlässigung des Landvolkes geführt haben und zur Vormachtstellung der Industrieviertel. Das bedeutet aber Stärkung der Macht des Sozialismus, die er unverkennbarerweise „die Herrschaft der Unterwelt“ nennt, weshalb diese Entwicklung mit allen Mitteln unterbrochen werden muß. Eine Marxpolitik, die nicht die Bodenpolitik in einer Gefühlswelt betreibt, sei daher notwendig, damit der Fortbestand des Landstandes gesichert sei, der die ständliche Ordnung aufzubauen hätte, wobei natürlich „nur der Landstand Grundstein und Eckstein sein kann“. Das heißt also Wiederherstellung der Alleinherrschaft der Dorfgewaltigen durch politische Rechtsordnung der Arbeiter- und Kleinbauernschaft und Wiedereinführung der früheren Großgrundbesitzer. Das ist eine Bodenpolitik, die wahrscheinlich den Kleinbesitzern den durch die Bodenreform zugefallenen Boden wieder weg-

nehmen soll. Hübsche Aussichten hat also das kleine Landvolk im „Ständestaat“. Die Herrschaften sind auf dem besten Wege zur Wiederverklammerung der kleinstädtischen Bevölkerung, zur Anechtung der Arbeiterschaft. Sie stehen da würdevoll an der Seite der reichsdeutschen Krautjunker und Großgrundbarone, die sich ebenfalls gegenwärtig mit der Verwirklichung des Ständestaates befassen.

Der Gesamtverband des Brandenburgischen Landbundes hat sich nämlich im Juni von Dr. Schaumann über das Problem des berufsständischen Staates im großagrarischem Sinne vortragen lassen. Es wurden hiebei folgende Grundlagen des „Ständestaates“ festgelegt: Nachdem beim heutigen Wahlrecht jeder gleichmäßig eine Stimme habe, „also der fleißigste, geniale Leiter eines landwirtschaftlichen Betriebes genauso nur eine Stimme wie z. B. seine jüngste Kuhmutter, oder, um von früherer Zeit zu sprechen, Bismarck ebenso nur eine Stimme wie der verkommenste Edelesseher“, ist es ein Unding und müsse daher ersetzt werden durch ein Wahlrecht ungleicher Stimmenkraft. Das Dreiklassenwahlrecht, das in Preußen von 1850 bis 1918 galt, war zweifellos besser und müsse daher wieder zu Ehren kommen! Die Vertretung der Bundesstaaten soll Träger der Staatsgewalt, der Präsident des Bundesrates ein Kaiser sein. Dazu wird ein berufsständisches Parlament, das aus Abgeordneten der berufsständischen Parlamente der Einzelstaaten besteht, treten. An der Spitze der Einzelstaaten steht ein Monarch, der ein Oberhaus illustrier Persönlichkeiten (Generale, Gelehrte, Rittergutsbesitzer usw.) beruft. Dazu auch hier ein berufsständisches Parlament aus Abgeordneten der Provinzialständerkammern. In der Regierung des Reiches und der Einzelstaaten hat hiernach der Staatsbürger oder Untertan überhaupt nichts mitzureden. Er darf vielmehr nur bei der Wahl der kommunalen Ständekammer der Provinz (Provinziallandtag) mitwirken. Die Ständekammer der Provinz umfaßt wie die berufsständischen Parlamente im Reich und in den Einzelstaaten vier Stände: 1. Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei; 2. Industrie und Handwerk; 3. Handel und Verkehr; 4. Beamtenstand, freie Berufe. (Eine ähnliche Einteilung traf auch der Führer des Bundes der deutschen Landjugend (Hader.) Wie diese vier Stände beiteilig sein sollen, dafür genügt der Hinweis, daß im berufsständischen Parlament des Reiches von angenommenen 300 Abgeordneten 110 auf die Landwirtschaft, 112 auf Industrie und Handwerk, 60 auf Handel und Verkehr, 18 auf die Beamtenstand entfallen sollen. Das Verhältniswahrheit ist durch das System der absoluten Mehrheit zu erfassen, die geheime durch die offene Wahl. Die Einrichtung der Wahlmänner soll wieder aufleben.

Rechtlos läßt sich wohl das Volk nicht mehr machen. Und das wollen die Herrschaften der Landbevölkerung als eine Erneuerungs- und Befreiungsidee bringen. Wahrlich, schlimmeres hätte man von ihnen nicht erwarten können. Die Landbevölkerung und das gesamte arbeitende Volk werden rechtzeitig die wahren Absichten der Landständler erkennen und mit ihnen mit eisernem Besen Ausschere machen. Denn es bleibt dabei: Der Ständestaat bedeutet Entrechtung, bedeutet Verklammerung, bedeutet die Wiedereinführung der Zeiten des Frondienstes und der Sklaverei.

Preussische Verwaltungsreform beschlossen.

Berlin, 2. September. Die preussische kommunale Regierung hat in ihrer heutigen Sitzung die vom Reichsfinanzminister von Papen in Münster angekündigte große Verwaltungsreform endgültig verabschiedet. Es sind nochmals zahlreiche Änderungen an den ursprünglich in der Öffentlichkeit diskutierten Entwürfen vorgenommen worden, die in einer ausführlichen amtlichen Verlautbarung im Einzelnen bekannt gegeben werden sollen.

Die deutschen Gewerkschaften gegen den Papen-Plan.

Berlin, 2. September. (Tsch. P. B.) Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit den in der Rede des Reichsfinanzministers von Papen vom 28. August angekündigten wirtschaftspolitischen Plänen der Reichsregierung. Ueber die Stellungnahme der Gewerkschaften wird erklärt, daß weitere Lohnsenkungen eine unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und gesteigerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben würde. Ueberdies sei der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 RM für jeden neu eingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des gesamten Planes der Regierung könne auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt ihres Planes zu schmälern. Der Zweck, Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, würde wirkungsvoll gefördert werden, wenn die in Aussicht genommene Steuererückerstattung ausschließlich auf solche Betriebe beschränkt würde, die Arbeiter neu einstellen.

Die Internationale der Kriegsgesopfer.

Wien, 2. September. Der heutige zweite Tag des Kongresses der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsgesopfer (IAGWG) war mit den Beratungen der verschiedenen Kommissionen ausgefüllt. Es wurden zwei Entschlüsse gefaßt, von denen die eine die Versorgung der Kriegsgeliebten aller Staaten, die andere die Versorgung der tschechoslowakischen Kriegsgesopfer betrifft. In der ersten Resolution wird festgestellt, daß nur in einzelnen Staaten und in diesen nur teilweise den Forderungen der Kriegsgeliebten nach Verbesserung ihrer Versorgung entsprochen wurde, während in anderen Staaten sogar ein gewisser Rückschritt zu bemerken ist. Die achte Jahresversammlung der IAGWG stellt diese Tatsache mit Bedauern fest und erhebt insbesondere Einspruch dagegen, daß zur Ausgleichung der durch die Weltwirtschaftskrise entstandenen finanziellen Schwierigkeiten mancher Staaten auch die Kriegsgesopferrenten herangezogen werden. Die achte Jahresversammlung appelliert an die Regierungen, die eingetretene Verschlechterung wieder auszugleichen und die noch unerfüllten Forderungen der Kriegsgeliebten durchzuführen.

Ende der Ecuador-Revolution?

Quito, 2. September. (Reuter.) Die letzten Aufständischen-Abteilungen mühten sich den regierungstreuen Truppen ergeben. Der Vorsitzende des Senates Martinez wurde zum provisorischen Präsidenten der Republik bestellt.

380 Tote in Quito.

Quito (Ecuador), 2. September. (Reuter.) Nach einer Schätzung des Roten Kreuzes beträgt die Zahl der Opfer der hier in den letzten drei Tagen stattgefundenen Kämpfe 380 Tote und 732 Verwundete. Die dem früheren Regime ergebenen Abteilungen haben fast die ganze Stadt mit Ausnahme eines Teiles im Nordwesten besetzt, wo die Aufständischen einen Widerstand leisteten.

Walker zurückgetreten.

New York, 1. September. (Tsch. P. B.) Bürgermeister Walker hat heute abend seinen sofortigen Rücktritt bekanntgegeben. (Walker wurde bekanntlich der Korruption beschuldigt und es wird gegenwärtig gegen ihn auf Veranlassung des Gouverneurs des Staates New York, des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Roosevelt eine gerichtliche Untersuchung geführt.)

Genossen! Genossinnen!

In jeder Betriebsversammlung, jeder Gewerkschaftsversammlung, jeder Genossenschaftsversammlung, jeder Wählerversammlung, jeder Frauenversammlung, jeder politischen Versammlung, jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation soll Ihr für die sozialdemokratische Parteipresse intensifste Werbearbeit leisten

Amerikanisch. In Brooklyn überfielen Donnerstag nachmittags sechs bewaffnete Banditen „Benjans und Burtons nationale Bank“.

Wirtschaftskrise und Notigung. Die Zahl der Metka-Pilger geht infolge der Einwirkungen der Wirtschaftskrise mehr und mehr zurück.

Ein Weber macht's dem Ritter nach. Neulich dem vor Jahren auf die Galapagos-Inseln ausgewanderten Dr. Ritter hat sich von Santiago de Chile aus der deutsche Staatsangehörige Hugo Weber in Begleitung seiner Ehefrau auf einem kleinen Segelboot nach der unbewohnten Osterinsel eingeschifft.

Italiens Einwohnerzahl und seine Großstädte. Laut Mitteilung des italienischen Zentralinstitutes für Statistik zählte Italien am 31. Juli insgesamt 42.179.000 Einwohner.

Das Zuchthaus als Arbeitslosenunterstützung!

Ein Bäckergefelle namens Pohl in Breslau wurde im Oktober 1929 wegen Mordes an einer Prostituierten zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der preussische Fiskus hat diese Entschädigung abgelehnt, mit der Begründung, daß Pohl erwerbslos sei, daß er also während der Zuchthausstrafe keinen Verdienstgenuß gehabt habe.

Der preussische Justizfiskus hat damit gewissermaßen eine Bedürftigkeitsprüfung auf eigene Faust vorgenommen. Wenn Pohl als Arbeitsloser in Freiheit gewesen wäre, hätte er ein Recht auf Unterstützung gehabt.

Das unglückliche Opfer eines Justizirrtums ist unschuldig auf ein Jahr ins Zuchthaus geworden worden. Nachdem seine Unschuld erwiesen ist, wirft man ihn, gebrochen und existenzlos, wieder aus dem Zuchthaus heraus und gibt ihm dem Hunger preis.

Der arme Esel.

Der frühe Morgen kam über die grauen Berge, die Athen in weitem Bogen wie eine gewaltige Mauer von Kalk und Marmor umhüllten.

Ich wache plötzlich auf; es war durch die morgendliche Stille ein Schrei gestiegen, zweimal, ein seltsamer Schrei. Er klang wie aus einem phantastischen beschwerenen Instrument.

Nach einiger Zeit stand ich auf. Es war gegen sechs Uhr, und um sieben kam mein Freund Paul, einer der wenigen, die im Athen zur Zeit

Die Wirtschaft bei der „Wirtschaft“

photographiert in einem Briefe ihres Herausgebers Dr. Friedrich Weil. — Die Verquickung von Redaktion und Inseratengeschäft. — Herr Dr. Weil läßt sich dringend zu Gericht „bitten“!

Prag, 2. September. Seit Jahren erscheint in Prag die Wochenschrift „Die Wirtschaft“, unter der Flagge eines von wirtschaftlichen Fachleuten geleiteten Fachorgans.

Dieses Blatt prozeßiert nunmehr mit einem seiner früheren Angestellten, Herrn Korzendörfer, der, nach seinem freiwilligen Austritt, vor dem hiesigen Arbeitsgericht eine Klage auf Zahlung von 44.507,40 K eingebracht hat.

Wir haben bereits in unserem letzten Prozeßbericht vom 5. Juli d. J. auf die Tatsache hingewiesen, daß die Leitung dieser Zeitschrift keinen Unterschied zwischen Redakteuren und Akquisiteuren kannte.

Die gestern fortgesetzte Verhandlung führte nun zu anderen Dingen hinüber, die einen recht bemerkenswerten Einblick in die geschäftliche Hauslichkeit des famosen Fachorgans eröffnen.

Der ganze Prozeß kam derart zustande, daß die Leitung des Blattes die Anerkennung gewisser Provisionsansprüche des Klägers Korzendörfer ablehnt. Es handelt sich hier um sogenannte „alte Inseratkunden“, vor allem Banken, die sich ihre Inseration in dem unparteiischen Fachorgan eine Stange Geld kosten ließen.

des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts den Mut hatten, mit knietreuen Hosen und einem Rucksack hinauszuwandern. Wir gingen die menschenleere Straße entlang, und dann sahen wir plötzlich: mitten auf dem Gehweg stand ein Maulesel.

Wir machten eine herrliche Wanderung das Meer entlang in die Berge, schwämmen, aßen Tintenfisch und tranken geharzten Landwein dazu.

dem Rahmen der üblichen Zuwendungen) zu ergattern.

In den Gerichtsakten erliegen nun lange Aufstellungen über solche strittige Inseratenaufträge. Man hörte in diesem Zusammenhang Firmen wie: Unionbank, Petschel, Ruchs usw., lauter alte, liebe Freunde des „wirtschaftlichen Diskussionsorgans“.

Zur gestrigen Verhandlung waren fünf Zeugen geladen, von denen sich nur einer eingefunden hatte: Herr Egon Fischer, der derzeitige Herausgeber des „Montagsblatt“, der seinerzeit bei der „Wirtschaft“ tätig war und vom Kläger Korzendörfer als Zeuge geführt wurde.

Der Zeuge wurde zunächst über das Anstellungsverhältnis Korzendörfers einvernommen. Er bestätigte die bereits bekannte Tatsache, daß der Kläger im Jahre 1926 nach Absolvierung der Bolontararbeit als Akquisiteur angestellt wurde.

Handschriften des Herausgebers Dr. Weil



Lieber Herr Fischer,

so wenn Brief der ist... Ich habe den Brief nicht bekommen. Ich habe den Brief nicht bekommen. Ich habe den Brief nicht bekommen.

Ein Kommentar zu diesem Brief ist wohl überflüssig! Er spricht allein für sich Bände!

In der weiteren Folge ist Herr Fischer aus der „Wirtschaft“ ausgetreten. Auf die Gründe seines Austritts ging er nicht ein und umschrieb sie mit dem allgemeinen Ausdruck „Meinungsverschiedenheiten“.

Berücksichtigen wir in diesem Zusammenhang noch die vor Gericht abgegebene Äußerung des Klägers, daß er es nicht mit seinem Gewissen habe vereinbaren können, alle diese Dinge mitzumachen.

Wie erwähnt, hatten sich die vier von der beklagten Partei geführten Zeugen nicht eingefunden. Herr Dr. Weil, den man bereits bei der letzten Verhandlung vernahm, ist so erholungsbedürftig, daß er den Verhandlungstag außerhalb Prag's zubringen mußte.

Genossen! Ihr müßt un- ausgeht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Zeht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen agitiert

berte er das vorstehend ange deutete Verhältnis zwischen den „alten Kunden“ und der Leitung des Blattes. Der Zeuge trat später in ein engeres Verhältnis zur Herausgeberschaft und sein Kundenstock ging auf den Kläger Korzendörfer über.

Darauf legte der Klagevertreter Dr. Wertheim dem Zeugen eine Reihe von Fragen vor, gegen deren Zulassung der Anwalt der „Wirtschaft“ protestierte, die aber den interessantesten Teil der gestrigen Verhandlung darstellten.

Die Frage, ob ihm bekannt sei, daß der Kläger genötigt war, unzutreffende Erklärungen über die Auflagenzahl zu unterschreiben.

lehnte der Zeuge ab unter Berufung auf die Gesetzesbestimmung, nach welcher Aussagen, die dem früheren Dienstgeber zum Nachteil gereichen könnten, verweigert werden dürfen.

Hierauf legte der Klagevertreter Dr. Wertheim dem Gericht einige Photographien von Briefen vor, deren Richtigkeit der Zeuge anerkennt.

Wir bringen das charakteristische dieser Dokumente nachstehend in photographischer Wiedergabe. Es ist ein

richten soll sich freilich Herr Dr. Weil in den vorhergehenden Tagen in Prag aufgehalten haben. Jedenfalls vermute man, auf Beschluß des Gerichtes, ihn noch telefonisch vorzuladen.

Das Gericht (Vors. DR. Dittich) verurteilte den Beschluß, die genannten Zeugen zur nächsten Verhandlung unter Androhung einer Buße von 100 K und allfälliger polizeilicher Vorführung vorzuladen.

Sodann wurde die Verhandlung zum 12. Oktober, 11 Uhr vormittags, vertagt.

damit war für beide Teile die Sache erledigt. Der arme Esel aber blieb stehen; mochte er sehen, was aus ihm wurde!

Die Nacht brach herein. Die Sterne zogen auf. Drinnen in der Stadt begann das geräuschvolle Leben zu erwachen. Die Menschen gingen ihren Vergnügungen nach, sahen in den Cafés, gingen im Park spazieren, der vom überstarren Duft unendlicher Blüten erfüllt war.

Als ich am andern Morgen an dem Plage vorbeilief, lag der arme Esel immer noch da. Tot. Die Augen starrten ins Leere. Auf seinem Körper tummelte sich allerlei Gewürm. Das Leben hört nicht auf.

Am Abend, als wir aus der Stadt zurückkamen, war der Platz endlich leer. Nur eine troche, dunkle Blutsche zeigte die Stelle, da ein Tier qualterlich und dumpf vierundzwanzig Stunden lang gelitten hatte — ein armer alter Esel, um den sich niemand gekümmert hatte, weil er wertlos geworden war.

Rolf Gustav Haebler.

